

## Housing Rights Watch – Austria: Studie in Planung

---

Februar 2010 - Im Zuge der aktuellen Diskussion in Frankreich über die gesetzliche Verankerung eines individuell einklagbaren Rechts auf Wohnen wurde von der FEANTSA (Europäischer Dachverband der Wohnungslosenhilfeträger, Brüssel) eine Initiative gestartet, um in den einzelnen EU-Ländern Netzwerke zur Förderung des Rechts auf Wohnen aufzubauen. Die BAWO, der österreichische Dachverband der WLH, ist aktives Mitglied der FEANTSA und vertritt die österreichischen Träger der WLH auf Europäischer Ebene. Im Rahmen der Fachtagung 2009 in Salzburg nahmen auch VertreterInnen der FEANTSA teil und präsentierten die Initiative des Housing Rights Watch – Networking, mit dem Ergebnis, dass sich ein österreichisches HRW-Netzwerk konstituierte.

### Zur Ausgangslage

Ein Blick auf die Lebenswelt und speziell die Wohnversorgung der Armutsbevölkerung in Österreich macht überdeutlich, dass es um das Recht auf Wohnen in der Alltagspraxis vieler Menschen und Familien nicht gut bestellt ist. Armut ist in der Mehrzahl der Armutshaushalte gleichbedeutend mit Wohnungsnot. Überbelag, schlechte Wohnqualität, Wohnprekariat und Wohnungslosigkeit stellen für einen großen Anteil der Armutshaushalte nachhaltige Belastungen dar, bilden die Rahmenbedingungen für die Verfestigung von Armutsverhältnissen und führen zur „Vererbung“ von Armut an die jeweils nächste Generation.

### Bundesländervergleich – Wohnpolitik

Bundesland	Sozialer Wohnbau	Eigenmittel & Einstiegskosten	Allgemeine Wohnbeihilfe	Förderung von Betriebskosten
Burgenland	ja	hoch	nein	nein
Kärnten	ja	hoch	ja	teilweise
Niederösterreich	ja	hoch	nein	nein
Oberösterreich	ja	hoch	ja	nein
Salzburg	ja	keine	ja	nein
Steiermark	ja	hoch	ja	teilweise
Tirol	ja	hoch	Nein	nein
Vorarlberg	ja	keine	Ja	ja, gedeckelt
Wien	ja	hoch	Nein	nein

Dieser Vergleich der wesentlichen wohnpolitischen Parameter macht deutlich, wie unterschiedlich die Regelungen in den Bundesländern aussehen.

Heinz Schoibl und Christian Perl haben vor diesem Hintergrund eine Projektskizze erarbeitet und bei den relevanten Stellen mit der Bitte um Förderung eingereicht. Diese Projektskizze sieht ein modular gegliedertes Forschungsprojekt vor:

- a) Überprüfung der wohnrechtlichen Rahmenbedingungen und Gesetze auf Stärken und Schwächen hinsichtlich des Rechts auf Wohnen (Mietrecht, Raumordnung, Wohnbauförderung etc.)
- b) vergleichende Analyse der administrativen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Verfügbarkeit von sowie des Zugangs zu leistbaren Wohnungen für die unterschiedlichen Zielgruppen von Wohnpolitik. Im Detail sollen im Praxisteil der Studie nähere Informationen zu folgenden Fragen gesammelt und vergleichend aufbereitet werden:
  - Schwerpunkte des Sozialen Wohnbaus / Relation zwischen Eigenheim, Eigentumswohnungen und Mietwohnungen
  - Eigenmittel / Grundkostenbeitrag als Einstiegshürde in eine geförderte Mietwohnung: Wie hoch?
  - Gibt es eine allgemeine Wohnbeihilfe, wenn ja: Wie ist die Deckelung geregelt? Wie teuer darf eine Mietwohnung vom Privatwohnungsmarkt sein? Wenn nein, welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Mietzinsbeihilfe der Gemeinden) werden zu welchen Konditionen und Voraussetzungen bereit gestellt?
  - Werden in die Wohnbeihilfe auch anfallende Betriebskosten berücksichtigt: Wenn ja, wie hoch ist der konkrete Förderbetrag? Wenn nein: Gibt es alternative Fördermöglichkeiten?
  - Wartefristen und Voraussetzungen für die Vergabe einer geförderten Mietwohnung / einer Gemeindewohnung
- c) Erarbeitung von Vorschlägen für armutspolitisch relevante Nachbesserungen der gesetzlichen und administrativen Vorsorgen für die tatsächliche Realisierung des Rechts auf Wohnen.

Nach bislang noch informellen Rückmeldungen stehen die Chancen relativ gut, dass die erforderlichen finanziellen Mittel für die Durchführung dieser Analysen gesichert werden können. Möglicherweise könnte somit in den kommenden Wochen die konkrete Arbeit daran aufgenommen werden.